

Kundgebung auf dem Universitätsplatz/vor dem Hauptgebäude der JLU – Gießen

19. Oktober 2024

Statement und Aufruf der IRH an die Hochschulen und Universitäten

Die Hochschulen und Universitäten sind die Orte der Lehre und Vermittlung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Demokratie, Frieden, Menschenwürde, Menschenrechten, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Alles, was in irgendeinem Teil der Welt geschieht, betrifft in einer globalisierten Welt auch uns hier und geht uns alle an. In diesem Zusammenhang können und dürfen die Hochschulen und Universitäten auch in Gießen und Deutschland die humanitäre Katastrophe und den Genozid in Gaza und Palästina nicht ignorieren. Besonders Hochschulen und Universitäten sollten im Rahmen der wissenschaftlichen Freiheit und Unabhängigkeit sowie frei von staatlicher und politischer Bevormundung allen Studierenden, Lehrenden, Beteiligten und Interessierten die Möglichkeit für gegenseitigen Austausch, Dialog- und Gesprächsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Seminare zu diesem Thema anbieten.

Wir freuen uns zu sehen, dass die Anzahl an Diskursen zu diesem Thema an Hochschulen und Universitäten zunimmt. Wir halten solche Angebote für sinnvoll und notwendig. In diesem Sinne halten wir auch für möglich und sinnvoll, dass Teile der Debatten rund um Israel und Palästina von der Straße und dem Privatleben auch in ein universitäres Umfeld weitergeführt werden. Dabei bitten wir die die Präsidien, Dekanate und Fachbereiche der Hochschulen und Universitäten darum, - ohne einseitige Positionierung und Parteinahme – allen Beteiligten und Meinungsvertretern besonders für Vorträge, Podiumsdiskussionen und Gesprächsforen Räume und Rahmenbedingungen zu bieten. Als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen sind wir bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Unsere Erwartungen an Lehreinrichtungen der Hochschulen und Universitäten bestehen lediglich darin, Neutralität zu bewahren, Transparenz zu gewähren und unsere Mitmenschen zu beschützen und Solidarität zu zeigen. Wir fordern die Lehreinrichtungen auf,

- zum Genozid in Gaza nicht mehr zu schweigen
- ihre Stimme gegen Genozid in Gaza mutig und öffentlich zu erheben
- sich für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Palästina und Nahost einzusetzen
- für Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch an Hochschulen einzutreten
- dass Kooperationen mit israelischen Universitäten unterbunden werden oder nur dann erfolgen sollen, wenn klare Beweise dafür bestehen, dass keine

Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der israelischen Besatzungspolitik in Palästina begangen werden

- vollständige Transparenz über bestehende Vereinbarungen mit israelischen Universitäten und regelmäßige Überprüfung der Handlungen zu gewähren, um ihren Einklang mit den ethischen Verpflichtungen und universitären Werten, insbesondere in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen
- das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen zu unterstützen und jede Form von Rassismus, einschließlich Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus abzulehnen und zu bekämpfen
- für Mitgefühl und Unterstützung für alle Opfer einzutreten, einschließlich der palästinensischen Zivilbevölkerung, die unter dem Konflikt am meisten leidet
- historische Parallelen zu anderen Genoziden zu ziehen, um Lehren aus der Vergangenheit zu lernen und aktuelle Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und die besorgniserregenden Merkmale eines Genozids in den Handlungen der israelischen Regierung gegenüber den Palästinenser:innen anzuerkennen
- über die Situation in Palästina und die Auswirkungen der israelischen Militäraktionen auf die Zivilbevölkerung aufzuklären und in Zusammenarbeit mit allen hessischen Hochschulen und Universitäten eine explizite Stellungnahme zur aktuellen humanitären Katastrophe in Gaza aufzuarbeiten und zu veröffentlichen
- einen offenen Dialog über historische und politische Bildungsinhalte zu fördern, um politisches Engagement und gesellschaftliche Teilnahme durch Bildung zu stärken.